

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Namibia

23. September bis 23. Dezember 2002

## **Wem gehört das Land? Über eine Reform, die mehr berührt als Grund und Boden**

Von Christof Wolf

Namibia vom 23.09. – 23.12.2002  
betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung



# Inhalt

1. Zur Person	534
2. Einleitung	534
3. Ausflug in die Historie	537
4. Von Klein Windhoek bis Babylon	539
5. Kommunal versus kommerziell	541
6. Ziele und Methoden der Landreform	543
7. „Wir lassen uns nicht vertreiben“	545
8. „Erste Farmbesetzung?“	548
9. „Wir können so nicht weitermachen“	550
10. Zwischen Wirtschaft und Politik	554
11. Was will der Mann?	556
12. Eine Episode am Rande, offene Fragen und Schluss	558

## 1. Zur Person

Christof Wolf, 1969 in Montabaur (Westerwald) geboren, Abitur, Zivildienst in Bonn, Studium der Kommunikationswissenschaften in München und Essen, diverse Praktika, diverse freie Mitarbeiten, Volontariat bei der Neuen Ruhr / Neuen Rhein Zeitung in Essen. Arbeitet heute als Redakteur für die Neue Ruhr / Neue Rhein Zeitung in Essen.

## 2. Einleitung

Land? Landreform? Eigentlich wollte ich über etwas ganz anderes schreiben, mich mit etwas ganz anderem beschäftigen in Namibia. Eigentlich wollte ich über das schreiben, was Eva und Ernst Normaltourist schon kurz nach der Ankunft in Windhoek ihre Köpfe schütteln lässt: Das seltsame Stück Deutschland in Afrika, die Meyers und die Webers und all die anderen Geschäftsnamen in den Einkaufsstraßen, die Eisbeine und die Kirschtorten auf den Speisekarten, die Farmen der deutschstämmigen Namibier mit ihren beeindruckenden Bibliotheken voller deutscher Klassiker und den vergilbten Schwarz-Weiß-Bildern von Männer in Uniformen. Über all das schreibe ich nun nichts, besser: fast nichts. Es geht vielmehr um das Thema, das meine Vorüberlegungen und Vorrecherchen nach und nach eroberte und das vom ersten Tag meiner Ankunft in nahezu jedem Gespräch irgendwann nach dem obligatorischen Und-was-machst-du-hier? auftauchte. Es geht um Land und es geht um das Land, um die Frage, wem es gehört und wem es gehören sollte. Ein weites, ein holpriges, ein schwieriges Feld. Denn es geht nicht nur um den Grund und Boden für Mais und Vieh. Es geht – um es etwas pathetisch auszudrücken – um nicht weniger als die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft des Landes. Eine Vergangenheit, in der Menschen unterdrückt und ausgenutzt wurden. Eine Gegenwart, die noch immer von extremer sozialen Ungleichheit bestimmt wird und in der einige viel Land (und Geld) besitzen und viele nur wenig oder gar keins. Eine Zukunft, die ungewiss ist und von der keiner mit Sicherheit sagen kann, dass sie gewaltfrei bleiben wird.

Wem gehört das Land? 1990 erlangte Namibia die Unabhängigkeit von Südafrika. Sam Nujoma, damals (und heute) Chef der „Freiheitspartei“ South West Africa People’s Organization, der Swapo, wurde zum Präsidenten gewählt. Und er ist es bis heute. Eine der vielen Fragen nach der Wahl war: Wie würden Nujoma und die Swapo in Sachen Land agieren? Wie auf das Vermächtnis von Kolonialzeit und Apartheid reagieren? Farmen und Fir-

men beschlagnahmen? Die Swapo, ursprünglich kommunistisch orientiert, handelte pragmatisch. Weder wurde Privatland enteignet, noch wurde auf eine Der-Markt-wird's-schon-richten-Lösung gesetzt. Der Staat sollte eine Art Vermittlerrolle spielen, Land verteilt werden nach dem Prinzip „williger Verkäufer, williger Käufer“. Kurz gefasst: Die Regierung kauft Farmen zu Marktpreisen, teilt sie auf und vergibt sie an so genannte ehemals Benachteiligte. So weit, so gut gedacht. Zwölf Jahre später sind die Ergebnisse übersichtlich, und vielen ist immer noch nicht klar, wieviel Zeit, Geld, Nerven und Überzeugungsarbeit eine solche Landreform kostet und kosten wird – wenn sie denn überhaupt funktionieren kann. Im Herbst 2002, als ich in Namibia ankam, kochte das Thema immer noch, und das plötzlich heftiger als zuvor. Warum, konnten auch Experten nicht mit Sicherheit sagen. Die Farmbesetzungen und die zunehmende Gewalt in Simbabwe hatten sicher Anteil daran.

Die Landfrage wird privat wie öffentlich, in Zeitungen wie Restaurants ständig diskutiert, manchmal wirtschaftlich, oft politisch, fast immer emotional. Es gibt Fluten von Fakten, Papieren, Abhandlungen, Hochrechnungen, seriöse und weniger seriöse. Sie werden benutzt, um andere zu überzeugen, zu beeindrucken, zu übertrumpfen, zu emotionalisieren und einzuschüchtern oder auch „um eine sachliche Dimension in die Diskussion zu bringen“. Letzteres hört sich dann meist so an: Seht her, hier ist meine Rechnung in Sachen Landreform, das ist der Status quo, dies sind die Zahlen, und dieses kommt raus, wenn jenes passiert. Nur, so mein Eindruck, kommen solche Rechnungen zu spät, wenn sie denn je verlangt wurden. Der Glaube, ökonomisch-sachlich bleiben zu können, um so die Landfrage nicht allein der Politik zu überlassen, grenzt – trotz guter Absicht – an Naivität. Die Landfrage kann nicht emotionslos diskutiert werden, und sie wird nicht emotionslos diskutiert. Am Mann auf der Straße marschieren die Zahlenkolonnen meist unbeachtet vorbei. Und auf der Straße wird die Landfrage letztlich entschieden.

So ist es mitunter eine gefährliche Diskussion, angeheizt durch Hitzköpfe und deren schnelle Lösungen, angeheizt auch durch den Brandherd Simbabwe und Sprüche wie: „Wenn ihr uns das Land nicht freiwillig gebt, nehmen wir es uns!“ Häufig sind es junge, ambitionierte Politiker oder Gewerkschafter, die mit dem Feuer spielen. Sie setzen auf die steigende Ungeduld der Menschen und wissen, dass Parolen wie „Land für die Armen! Füttert die Hungrigen!“ gut ankommen bei den vielen Armen und Hungrigen, und einige glauben, dass sie mit diesem Vehikel manchen etablierten Politiker in der Wählergunst überholen können. Sie ziehen eine direkte Linie von der Kolonialzeit in die Gegenwart: Warum lang verhandeln? Wie würden Sie es nennen, wenn jemand in Ihr Haus kommt und Ihre Möbel mitnimmt? Genau, Diebstahl, ganz einfach. Warum also für das Land bezahlen, das man

uns gestohlen hat? Schließlich haben die Unabhängigkeitskämpfer oft genug betont, dass sie nicht nur für Freiheit und Gleichheit kämpften, sondern auch um Land. Und sie betonen es heute noch.

Und Simbabwe, immer wieder Simbabwe. Schaut doch nach drüben. Wir sollten lernen von dem, was dort passiert ist und passiert, schallt es von allen Seiten, mal mit ängstlichem, mal mit warnendem, mal mit drohendem Unterton. Die Farmbesetzer haben das Land ruiniert. So die einen. Unsinn, die Farmbesetzer haben sich nur genommen, was ihnen seit langem zusteht, die Farmer haben den Prozess der Landreform absichtlich verschleppt und müssen jetzt dafür zahlen. So die anderen.

Hinter der Diskussion lauert ein extremes soziales Gefälle, ein krasser Gegensatz von Arm und Reich. Namibia hat mit die höchsten Einkommensunterschiede der Welt. Über zehn Jahre Unabhängigkeit sind vorüber. Noch immer leben die einen in Villen, die anderen in Hütten. Noch immer passen die einen auf die Autos auf, damit die anderen beruhigt im Restaurant ihre Steaks essen können. Noch immer putzen die einen Klos, während die anderen sich mit Bilanzen oder Touristen herumschlagen. Geändert hat sich nur, dass sich neben einer weißen Elite nun auch eine schwarze Elite Videorecorder und BMW's leisten kann.

Das Gefühl, in einer gespaltenen Gesellschaft zu leben, die vollständig auseinander fallen kann, war eins, das mich während der gesamten drei Monate in Namibia nicht verlassen hat. Wobei „gespalten“ sich gut durch „gesplittet“ ersetzen lässt, denn neben den wirtschaftlichen Gräben ziehen sich die ethnischen. Zwar ist die Apartheid Vergangenheit, aber in Namibia leben rund 1,8 Millionen Menschen aus elf ethnischen Gruppen, jede mit ihren eigenen Traditionen. Und oft bleibt der einzige Weg, die Gräben zu vergessen, einfach innerhalb der Umzäunung zu leben. Es geht, es passiert sogar von selbst, wenn man nicht aufpasst. Es ist mir passiert. Es irgendwann als selbstverständlich nehmen oder schlicht übersehen, dass schwarze Frauen die Teller abräumen und im Supermarkt die Tüten packen.

Einmal habe ich mich nach einer Ausstellungseröffnung mit einem Künstler aus Südafrika über die Zeit der Apartheid unterhalten. „Schlimm war, dass ich die Menschen nicht mehr wahrgenommen habe“, sagte er. „Ich bin morgens aus dem Haus gegangen und hab' gedacht, ‚oh, nichts los heute, niemand auf der Straße‘. Und dann ist mir einer aufgefallen, ein Schwarzer, und dann noch einer und noch einer. Bis mir klar war, dass die Straße doch belebt war, nur eben nicht mit Weißen.“

Fakt ist: Stimmen und Stimmungen zählten im Herbst 2002 in Namibia meist mehr als Daten. Ich gehe also in meinem Bericht nicht nur auf das ein, was diskutiert wird, ich konzentriere mich auch auf die Art, wie diskutiert wird, packe mal mehrere Meinungen in ein Thema, und ordne mal die The-

men den Menschen unter. Die Politik streife ich dort, wo sie die Landfrage berührt. Der lange Weg in die Unabhängigkeit musste daher etwas kurz ausfallen in meiner Version; ein historischer Abriss aber soll einige der Hintergründe beleuchten, die von der Diskussion um die Landreform nicht zu trennen sind. Detaillierte Daten über die namibische Landwirtschaft an sich verwende ich sparsam, Wachstumsgrenzen, Produktionspotenziale, Im- und Exportbilanzen kann und will ich nicht liefern. Stattdessen habe ich kurze Einsprengsel meiner Eindrücke und Erlebnisse in den Bericht gemischt, die zum einen – hoffentlich – die reine Sachdiskussion ergänzen und zum anderen ganz einfach beschreiben, was ich erlebt habe, was ich wie gehört und gesehen habe.

### 3. Ausflug in die Historie

Die Geschichte des Landes ist auch eine der Landfrage, die Landfrage wiederum auch eine geschichtliche, eine, die von Kolonisation und Apartheid wesentlich bestimmt ist und wurde. Eine Art Schnelldurchlauf durch die Geschichte Namibias ist daher notwendig. Doch wie weit zurückgehen ins Gestern muss, wer vom Heute sprechen will? Bis zu den Zeiten, als die San, die Buschmänner, das Land durchstreiften und von anderen, einwandernden Stämmen in immer unwirtlichere Gebiete verjagt oder gar versklavt wurden? Oder bis zum Auftauchen des ersten Europäers im 15. Jahrhundert, als der Portugiese Diego Cao 1487 an der namibischen Küste landete – einer Küste, die so wild war, das Land dahinter so trocken, dass weitere Jahrhunderte vergingen, bis sich Europa wieder für diesen Fleck Afrikas interessierte? Letztlich kann man den Beginn der „europäischen“ Geschichte Namibias im 18. Jahrhundert festsetzen. Burische Siedler aus Südafrika, die dem englischen Einfluss am Kap entkommen wollten, zogen ins Land. Händler und Missionare folgten Anfang des 19. Jahrhunderts. 1840 gründete die Rheinische Mission ihre erste Station.

In Deutschland interessierte sich die Regierung lange Zeit nur mäßig für das, was da im Süden Afrikas vorging. Erst als der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz, der 1881 an der Küste eine Handelsniederlassung gründete, mehrmals um Unterstützung bat, reagierte Bismarck, wenn auch leicht widerwillig, und stellte das von Lüderitz erworbene Land unter deutschen Schutz. Lüderitz hatte das Gebiet, das sich über weite Teile der namibischen Küste zog und bis 150 Kilometer ins Inland reichte, 1883 dem Nama-Häuptling Joseph Fredericks abgekauft. Bismarck überließ es aber weitgehend der Privatinitiative und dem Geld der Kaufmänner, das Land zu „entwickeln“.

Zwar wurden in Verträgen mit Portugal (1886) und Großbritannien (1890) die Grenzen für das nun „Deutsch-Südwestafrika“ genannte Gebiet festgelegt, aber von 1884 bis 1889 bestand die Kolonialverwaltung aus nicht mehr als drei Beamten. Erst 1889 schickte Deutschland zwei Dutzend deutsche Soldaten als „Schutztruppen“ in den Süden. Da war der Streit und das Geschacher um Grund und Boden schon in vollem Gange. Die Siedler und Händler kannten mehrere Wege, um an Land – vor allem das der Herero – zu gelangen. Sie kauften es ihnen ab. Oder sie verkauften ihnen auf Kreditbasis so lange überteuerte Ware, bis die Herero ihre Schulden mit Land bezahlen mussten. Von „Aufständigen“ wurde das Land einfach eingezogen. Die Unzufriedenheit unter den Schwarzen wuchs – kleine Scharmützel weiteten sich nach 1904 zum Krieg aus. 1907 wurden die Aufstände der Nama und Herero endgültig niedergeschlagen. Allein in der großen Schlacht am Waterberg, wo sie ihre Männer, Frauen und Kinder zusammengezogen hatten, starben 1904 Tausende von Herero. Nach der Niederlage flohen die Überlebenden in die Wüste, und die Deutschen besetzten die Wasserlöcher. Über den mehrere Tage dauernden Kampf ist viel geschrieben worden – vor allem über die Frage, ob die Deutschen das Herero-Volk „auslöschen“ wollten, ob der Kampf einem Völkermord glich. Noch vor wenigen Jahren gingen Historiker davon aus, dass die Herero-Gemeinde vor dem Krieg noch 60.000 bis 80.000 Menschen zählte und danach nur noch 16.000 bis 18.000. Solche Zahlen werden heute angezweifelt; wie viele Menschen damals erschossen wurden oder verdursteten, ist umstritten und letztlich auch kein Index für das Leid, das geschah. Die Konsequenzen – nicht nur für die Herero – waren immens. Die Deutschen erklärten alle Stammesgebiete der Nama und Herero zu ihrem Eigentum, das Land wurde aufgeteilt und an deutsche Siedler vergeben. Die Besiegten durften kein Großvieh mehr halten und waren gezwungen, ihr Geld in den Diamantminen oder beim Eisenbahnbau zu verdienen.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begann für Namibia eine neue Ära. Südafrikanische Truppen besetzten 1915 das Land, mit dem Versailler Vertrag 1919 verzichtete Deutschland auf seine kolonialen Rechte. Namibia wurde unter das Mandat Südafrikas gestellt, das nun das Land verwaltete. Die Landverteilung zu Gunsten der weißen Farmer ging weiter. Zum Zeitpunkt der Übernahme Namibias durch Südafrika gehörten schon rund 12 Millionen Hektar weißen Farmern, bis 1924 kamen weitere 11,8 Millionen dazu. Im Gegensatz dazu erklärte die südafrikanische „Native Reserves Commission“ 1922 zwei Millionen Hektar zum Land für die schwarze Bevölkerung – die etwa 90 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte.

Das von den deutschen eingerichtete Reservatssystem wurde ausgeweitet und in den 60er Jahren in ein Apartheidssystem aus- und umgebaut. Jede ethnische Volksgruppe sollte ein Homeland und damit eine (überwachte)

Selbstständigkeit erhalten – mit getrennter Erziehung, getrenntem Gesundheitssystem, getrennten Toiletten, einer Marionettenverwaltung und der offiziellen, auch dem Ausland gegebenen Begründung: So wolle man den Menschen ihre Selbstbestimmung, ihre Identität etc. bewahren. Vielleicht mag mancher an solches Geschwätz geglaubt haben. Rein pragmatisch sollte die Trennung der Gruppen eine gemeinsame Gegenwehr, das voraussehbare Gerangel untereinander eine geschlossene Front nach oben verhindern.

Nach den Vorschlägen einer 1962 unter dem Vorsitz von F. H. Odendaal gegründeten Kommission („Odendaal-Kommission“), die im Einklang mit der südafrikanischen Politik das Homeland-System entwickelte, sah die Landverteilung wie folgt aus: 46,7 Prozent der Gesamtfläche des Landes sollte als von Weißen (Anteil an der Gesamtbevölkerung: 7,5 Prozent) betriebenes Farmland genutzt werden, die schwarzen und farbigen Bevölkerungsgruppen erhielten 39,7 Prozent. Insgesamt entstanden elf Homelands – und ein Problem: Auf der einen Seite wollte die südafrikanische Mandatsregierung alle ethnischen Gruppen voneinander trennen, auf der anderen brauchten die weißen Minenbesitzer und Geschäftsleute billige Arbeitskräfte. Das System der Vertragsarbeit entstand. Weil die Menschen in den nördlichen Reservaten sich von dem bisschen, was der beschränkte Boden hergab, nicht ernähren konnte, waren (und wurden) sie gezwungen, Arbeit in den weißen Gebieten anzunehmen. Leben mussten sie allerdings außerhalb der Städte in Siedlungen, die zunächst nur als vorübergehende gedacht waren: in den Townships. 1990, im Jahr der Unabhängigkeit, besaßen rund 4.000 weiße Farmer und damit rund acht Prozent der Gesamtbevölkerung etwa 44 Prozent des Landes.

#### **4. Von Klein Windhoek bis Babylon**

Melissa, die in Klein Windhoek putzen geht, lebt in einer unschönen Gegend mit dem schönen Namen Babylon. Klein Windhoek gehört zu den besseren, teuren Wohngegenden Windhoeks. Babylon ist eine jener „informellen Siedlungen“, die hinter Katutura, dem eigentlichen Township Windhoeks, beginnen. Wie viel Baracken Babylon hat und wie viele Menschen hier wohnen, weiß keiner genau. Zu schnell schustern zu viele Neuankömmlinge fast täglich wieder neue Wellblechbehausungen zusammen. Über 70 Prozent der Einwohner Windhoeks sollen in den kleinen, in langen Reihen stehenden Häuschen Katuturas oder in den vielen Hütten, die hinter Katutura bunte Siedlungen bilden, leben. Babylon, das sich über Täler und Hügel Richtung Norden ausbreitet, sieht auf den ersten Blick aus, als habe

eine riesige Hand einfach Tausende Hütten in eine öde Gegend gewürfelt. Auf den zweiten Blick sieht man Anfänge einer Infrastruktur: ungepflasterte Straßen, denen Schilder sogar Namen geben, Telefonzellen, öffentliche Toiletten, ein Gemeindezentrum, windschiefe Bauten, die als Kindergärten dienen. Eine Kirche, auf einer Anhöhe gelegen, ragt über die Siedlung, ein paar hundert Meter daneben breitet sich eine Schule aus, beide neu gebaut.

Melissa lebt mit Kind und Mann und ein paar Hühnern auf einer Fläche, die mit Garten nur ein wenig größer ist als das Wohnzimmer, durch das sie einmal die Woche in Klein Windhoek den Staubsauger schiebt. Ein- oder zweimal im Jahr besucht sie ihre Familie in dem Dorf im Norden Namibias, aus dem sie stammt und das sie vor ein paar Jahren auf der Suche nach Arbeit verließ. Melissas Radio wird von einem Generator betrieben. Der Fernseher wird fast nie benutzt, er braucht zuviel Strom. Wasser holt sie sich von einem Hahn, den sich viele Familien teilen müssen. Da ihr Mann Arbeit hat, steht in Brandas Haus ein stabiles Bett. An der Decke sollen Klebestreifen bei Regen die Löcher abdecken. Neben dem Eingang schaut die US-Sängerin Mariah Carey von einem Poster in den Raum. Draußen im Garten gackern drei Hühner.

Wenn Melissa, begleitet von ihrer Tochter, morgens die zehn Kilometer von Babylon nach Klein Windhoek fährt, bringt sie das Gemeinschaftstaxi von einer Welt in eine andere. Das Haus in Klein Windhoek, das sie sauber hält, ist eingerahmt von Mauern, Stacheldraht und Elektrozaun. Die obere Wohnung hat mehrere Schlafzimmer, unten liegen zwei kleine Appartements. Die Doppelgarage grenzt direkt an die Straße. Den Garten ergänzt ein übersichtlicher Swimmingpool, eine Art Terrasse umschließt das Wohngebäude – gedacht und genutzt für Frühstück und zum Grillen. Eigentlich nichts besonderes, viele Menschen in Klein Windhoek leben so oder so ähnlich.

Hier also spült, putzt und bügelt Melissa ein- oder zweimal die Woche. Danach macht sie sich auf den Weg zurück nach Babylon. Zuerst zu Fuß, fünf Minuten Richtung Hauptstraße, dorthin, wo die Taxis fahren. Sie kommt an den jungen Männern in blauen Overalls vorbei, die sitzend an den Verkehrsschildern lehnen und auf Arbeit warten. Auch sie wohnen in Katutura. Morgens gehen sie in die Stadt, um das Geld fürs Taxi zu sparen. Sie setzen sich an Straßenecken oder auf größere Plätze und hoffen, dass irgendwer um die Ecke biegt, der sie für ein paar Stunden ihren Garten umgraben oder ihre Garage streichen lässt. Oft hoffen sie vergebens. Zu viele warten auf zu wenig Arbeit. Melissa hat Glück. Sie verdient regelmäßig: 40 Namibia-Dollar (an die fünf Euro) für fünf Stunden Arbeit – plus Taxigeld. Die Fahrt nach Katutura dauert 15 bis 20 Minuten, sie kostet fünf, die 30 Minuten nach Babylon insgesamt kosten zehn Namibia-Dollar.

Wer durch Katutura fährt, passiert fast endlose Reihen von immer gleichen Häuschen, mit Klo und Wasserhahn im kleinen Hinterhof. An manchen

der Häuschen lassen sich noch weiß aufgemalte Buchstaben erkennen, Zeichen und Zeugen der Apartheidspolitik. D steht für Damara, O für Ovambo und so weiter. Bis 1978 mussten bestimmte Bevölkerungsgruppen in bestimmten Vierteln leben. Wurde ein Damara in einem Ovambo-Viertel erwischt, machte er sich strafbar. „Teile und herrsche“ hieß die Strategie, eine der Grundzüge der Apartheid. Man trennte die Stämme, um zu verhindern, dass sich eine geschlossene Front gegen den weißen Mann bildet. Katutura heißt übersetzt: „der Ort, wo wir nie hinwollten“ (je nach Übersetzung und Übersetzer auch: „der Ort, an dem wir nicht leben wollen“). Er existiert seit 1959. Damals wurden die Einwohner der alten Siedlung mit Polizeigewalt gezwungen, hierhin umzusiedeln. Es kam zu Protesten, elf Menschen starben, über 50 wurden verletzt. Ihre „Old Location“, näher an der Stadt und grüner als das Ödland, wurde platt gewalzt, um Platz zu machen für ein modernes weißes Wohnviertel. Das ist zwar heute nicht mehr modern, aber noch immer meist weiß. Nur der Friedhof der Old Location besteht noch.

Gegen den Wirbel und den Betrieb auf den Straßen Katuturas wirken die anderen, die „besseren“ Wohnviertel wie ein Sommerkurort mit Schlechtwetterlage. Sie sind fußgängerfreie Zonen. Wer in Namibia ein Auto besitzt, fährt – überall hin, fast immer. In Klein Windhoek hastet manchmal eine Joggerin an den Häusern vorbei, oder irgendwer führt seinen Hund um den Block. Ansonsten stört kein Mensch die Autofahrer. In Babylon treibt allein die Enge der Wohnungen die Menschen auf die Straße, hinein in die winzigen Gärten, in die vielen Shebeens, halb Kneipe, halb Trinkhalle, oder in die an nahezu jeder Ecke stehenden hölzernen Frisierbuden, die – oft open-air und kaum größer als eine Telefonzelle – mit zum Teil abstrakt-abenteuerlichen Zeichnungen für die Schneidekünste ihrer Besitzer werben.

## 5. Kommunal versus kommerziell

„Namibia ist in hohem Maße vom Agrarsektor abhängig; 70 Prozent der Bevölkerung bestreiten ihren Lebensunterhalt direkt oder indirekt durch die Landwirtschaft, die nicht nur in den traditionellen schwarzen Siedlungsgebieten oft der einzige ökonomische Faktor ist. Von der Gesamtfläche des Landes (82,4 Mill. ha) sind rund 15 Prozent für jede Art landwirtschaftlicher Betätigung ungeeignet (Namib-Wüste). Die agrarwirtschaftlich nutzbare Fläche unterteilt sich etwa je zur Hälfte in die kapitalintensive kommerzielle Farmwirtschaft (rund 6.000 Betriebe) und in den traditionellen kleinbäuerlichen Subsistenzsektor (etwa 120.000 Familien). Die extensiv betriebene Farmwirtschaft (vor allem Viehzucht) stellt den weitaus überwiegenden Teil

der Marktproduktion.“ Soweit einige Fakten zur Landwirtschaft, wie sie Axel J. Halbach in seinem Buch „Namibia – Wirtschaft, Politik, Gesellschaft – zehn Jahre nach der Unabhängigkeit“ zusammengefasst hat. Was heißt das nun? Das heißt zunächst: Es gibt – ein Erbe der Kolonialzeit – kommunales und kommerzielles Land. Es gibt also Gegenden, in denen Land als Privateigentum gilt und solches, in denen keine Besitzrechte für Land existieren. Das letztere, das so genannte Kommunal-Land, auf dem fast eine Million Menschen, also rund die Hälfte der Namibier, lebt, umfasst etwa 33,5 Millionen Hektar, 36,2 Millionen Hektar gelten als kommerzielles Farmland. Ein Großteil des Kommunal-Landes liegt im Norden Namibias, rund eine Tagesfahrt von der Hauptstadt Windhoek entfernt, und wird von der Bevölkerungsgruppe der Ovambo bewohnt. Das „Ovamboland“ ist bekannt für seine Kuhschilder, die am Straßenrand als rotumrandetes Dreieck vor freilaufendem Vieh warnen. Ziegen werden gemeinhin per Hupe vertrieben, Kühe und Esel müssen umfahren werden. Zäune sieht man selten.

„Das Land gehört allen“, erklärt mir Tsuma, der in einem Dorf im Norden lebt und Student am dortigen Agricultural College ist. Wer ins Dorf zieht, fragt den Chef des Dorfes, ob noch ein Stück Land zu haben ist. Wenn der „ja“ sagt, kann der Neuankömmling, seine Familie und sein Vieh es unentgeltlich bewohnen. Meist sagt der Dorfchef „nein“, weil es für die vielen Menschen nicht genug Land gibt. Oft reicht der Ertrag, den das Land abwirft, nicht, um die große Familie zu ernähren. Die Menschen versuchen sich irgendwie mit Gelegenheitsarbeiten, kleinen Geschäften (etwa Telefonzentralen oder Trinkbuden) durchzuschlagen oder warten, bis die Oma ihre magere, monatliche Pension bekommt. Zudem haben vor allem die etwas reicheren Landbesitzer mit den etwas größeren Viehherden, Menschen, die inzwischen in Windhoek gut dotierte Jobs haben, begonnen, ihr Land einzuzäunen, es praktisch ohne rechtliche Grundlage zu ihrem Privatbesitz zu machen. Nicht zuletzt ist der wenige fruchtbare Boden mehr und mehr von Verwüstung bedroht, verursacht durch Abholzung und Überweidung.

Insgesamt gibt es also trotz der Größe Namibias zu wenig fruchtbares Land für zu viele Leute. Es war (und ist) daher eines der Ziele der Landreform, den überbevölkerten und überweideten Norden zu entlasten. Die Diskussionen um die Landreform drehen sich vor allem um das kommerzielle Farmland, das größtenteils im Besitz der Weißen ist. Hier wird für den Markt produziert, im nördlicheren Teil des Landes werden meist Rinder gezüchtet im südlicheren, noch trockeneren Teil Schafe. Was auf ein zentrales Problem der namibischen Landwirtschaft deutet: Wassermangel. Wie sehr das Wohl und Wehe des Landes vom Regen abhängt, kann man allerdings nur vor Ort erleben. „Es sieht nach Regen aus“ – wer in Nordeuropa lebt, kann sich kaum vorstellen, wie viel Sehnsucht in diesen kleinen Satz passt. Schon

ein kurzer Schauer kann in Namibia die Welt ein wenig verändern. Der Boden dampft, es riecht erdig, und nicht nur die Gärtner freuen sich. Namibia ist ein trockenes Land. Im Norden kann es schon mal bis 700 Millimeter Niederschlag im Jahr geben, im Windhoek sind es rund 300 bis 400, im Süden oft weniger als 100. Das Wie und Wo der Landwirtschaft ist daher direkt abhängig von der Regenmenge und der Wasserversorgung. Dazu kommt: In Namibia herrscht, was Fachleute ein „arides Klima“ nennen, die Verdunstungsrate ist höher als der Niederschlag. Zum Vergleich: In Hamburg fallen zwar auch nicht mehr als rund 750 Millimeter Regen im Jahr, aber die Stadt hat eine viermal so geringe Verdunstungsrate wie Namibia. Regenreiche Jahre sind also gute, regenarme sind schlechte Jahre. Einige Dürrejahre hintereinander können zu Katastrophen führen. Das und die Abhängigkeit von den Markt- und Preisentwicklungen in Südafrika als Haupthandelspartner machen die Landwirtschaft nur schwer planbar. Manche kommerziellen Farmer versuchen, sich wenigstens im Kleinen abzusichern, sie vermieten Gästezimmer oder bieten Jagdurlaube an. Der kleine, möglichst regelmäßige Nebenerwerb kann helfen, einem eventuellen Ruin zu entgehen. Nicht wenige der Farmer sind verschuldet und zahlen Kredite ab.

So wichtig die Landwirtschaft allerdings als Brot- und Arbeitgeber ist, so verblüffend sind für den Laien die Fakten des Landwirtschaftsministeriums über ihren Anteil an der Gesamtwirtschaft. 2001 machte die Landwirtschaft 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Der Anteil des kommerziellen Sektors lag bei 2,9 Prozent, der der kommunalen Landwirtschaft bei 1,8 Prozent. Und es wird immer weniger: Der Bank of Namibia zufolge betrug der Anteil der Landwirtschaft am BIP in 2000 noch 5,6 Prozent, 1990 waren es noch 8,5 Prozent. Ein Grund ist die Verbuschung, der Verlust von fruchtbarem Land. Den größten Batzen am BIP stellt übrigens immer noch der Bergbau mit einem Anteil von 45 Prozent.

## **6. Ziele und Methoden der Landreform**

Die Landreform wollte nicht zurück zu einem Status quo ante, wollte eher eine soziale als eine historische Gerechtigkeit. Also nicht: So war das Land im Jahre xy verteilt, so wollen wir es auch jetzt wieder verteilen – oder zumindest die entschädigen, die damals Land besaßen. Allein der Versuch, ein Jahr xy zu finden, kam vielen utopisch vor. Die Landreform sollte vielmehr helfen, die sozialen Ungerechtigkeiten, die durch die Zeit des Kolonialismus und der Apartheid entstanden waren, zu beseitigen. Sie sollte helfen gegen Landlosigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit und die Überbevölkerung der kom-

munalen Regionen. So steht es jedenfalls in dem Agricultural (Commercial) Land Reform Act, der 1995 erlassen wurde. Die Landreform sollte – übergreifend – den Lebensstandard aller Namibier erhöhen, vor allem aber denjenigen Land geben, denen es wirtschaftlich besonders schlecht ging, die das Apartheid-Regime in die Armut und Besitzlosigkeit getrieben hatte, Flüchtlinge, Mitglieder der Gemeinschaft der San (Buschmänner), Menschen, die zwangsumgesiedelt oder ins Exil gezwungen wurden, ehemalige Freiheitskämpfer, Behinderte. Sie sollten Land erhalten, das sie ernähren kann.

Für die Landlosen gab und gibt es nun zwei Wege, an Land zu kommen. Erstens: Die Regierung stellt es ihnen im Rahmen des Umsiedlungsprozesses zur Verfügung. Sie kauft also nach dem Prinzip „willing seller, willing buyer“ Land von kommerziellen Farmern und verteilt es. Nicht jede Farm wird gekauft, viele stuft die Regierung als ungeeignet ein, zu trocken, keine Infrastruktur etc. Jede Farm, die verkauft werden soll, muss zuerst dem Staat angeboten werden. Bezahlt wird nach Marktpreisen. Das Land wird den Landlosen allerdings nicht geschenkt, sondern auf 99 Jahre verpachtet. Zweitens: Die Landlosen kaufen es selbst mit Hilfe günstiger Kredite der staatlichen Agribank. Der letztere Weg hat den Nachteil, dass der Käufer wenigstens ein wenig Grundkapital haben muss. Der erstere, dass der Bewerber einfach eine Menge Glück braucht, da inzwischen rund 240.000 Namen auf der Umsiedlungsliste stehen sollen und der Verteilungsprozess völlig undurchschaubar ist. Warum welcher Glückliche letztlich aus diesem Topf gezogen wird, ist ungewiss und im Verwaltungs- und Organisationsgestrüpp kaum auszumachen.

Bewerber dürfen sich alle Menschen, die

- kein Land, Einkommen oder Vieh haben,
- kein Land oder Einkommen, aber Vieh haben,
- Einkommen oder Vieh haben, aber kein Land.

Unschwer zu erkennen: Der Kreis der Bewerber ist groß. Eigentlich dürfen alle auf Land hoffen, die nicht weiß sind und kein Land besitzen. Ausgeschlossen ist nur, wer mehr als 150 „Large Stock Units“ (Rinder zum Beispiel) oder 800 „Small Stock Units“ (etwa Ziegen) besitzt – das allerdings unabhängig vom Einkommen.

Wer Land will, füllt ein Antragsformular aus. Dort muss er unter anderem seinen Viehbesitz und sein Einkommen angeben (falls vorhanden), dazu die Farm, für die er sich interessiert. Das Formular wird in die Region geschickt, in der die gewünschte Farm liegt und dort von dem Regionalen Umsiedlungskomitee begutachtet und – falls für positiv befunden – zum Nationalen Umsiedlungskomitee weitergeleitet. Dieses wiederum empfiehlt es der Landreform-Beratungskommission. Diese wiederum empfiehlt es dem Ministerium für Ländereien und Neuansiedlung. Dort wird es abge-

nickt oder in die Tonne gehauen. Danach wird der Ausgewählte durch das Regionale Umsiedlungskomitee oder über die Zeitung benachrichtigt. Wer dann warum am Ende ausgewählt wird, kann keiner mehr sagen.

Und die Ergebnisse? Zwischen 1990 und 2001 hat die Regierung rund 570.000 Hektar Land gekauft und darauf etwa 30.000 landlose Bewohner umgesiedelt, so die Zahlen der Farmervereinigung, die sich wiederum auf Regierungsstellen bezieht. Darüber hinaus hätten zahlreiche historisch benachteiligte Farmer mit Darlehen der Agribank über 1,3 Millionen Hektar Land erworben. Demnach wären über 2,6 Millionen Hektar Land oder 7,4 Prozent des kommerziellen Grund und Bodens in den letzten Jahren „übertragen“ worden. Zahlen, die das Wirtschaftsforschungsinstitut „Institute for Public Policy Research“ bestätigt. Aber durch die Schätzung ergänzt, dass – wenn der Verteilungsprozess im gleichen Tempo weitergehe – es noch weitere 60 Jahre dauere, bis die Hälfte des Landes übertragen sein werde.

Was nun die jüngeren Entwicklungen angeht, die Daten für das Jahr 2001 zum Beispiel, geben verschiedene Quellen verschiedene Größen an. Erstens: Statistiken des Wirtschaftsforschungsinstitutes Institute for Public Policy Research zufolge wurden 2001 von 99 der Regierung angebotenen Farmen 24 gekauft. Dafür wurden erstmals mit 19,76 Millionen Namibia-Dollar (2,32 Millionen Euro) die im Haushalt vorgesehenen Mittel für den Aufkauf von Land (20 Millionen Namibia-Dollar) fast ausgeschöpft. Jan De Wet, Vorsitzender der Farmervereinigung, rechnet – zweitens – anders. Der Regierung seien im Finanzjahr 2001 173 Farmen zum Kauf angeboten worden, von denen diese jedoch nur 18 erworben hätte. Die anderen Farmen seien als ungeeignet abgelehnt worden. Präsident Sam Nujoma wiederum gab – drittens – Anfang 2002 in einer Regierungserklärung bekannt, die Regierung habe 2001 168 Angebote für kommerzielles Land erhalten. Von diesen kaufte sie 14 Farmen mit insgesamt 30.000 Hektar. Das kostete 23,2 Millionen Namibia-Dollar. 106 Familien seien in dem Jahr umgesiedelt worden.

## 7. „Wir lassen uns nicht vertreiben“

Tivoli ist eine jener typisch namibischen Farmen, deren hausnah angelegter Rasen dem Ankömmling fast unnatürlich grün vorkommt nach all dem Gehoppel auf endlos scheinenden Waschbrettpisten und all dem trockenen braunen Gestrüpp, das sich an der Strecke bis zum Horizont zieht. So faszinierend es ist, die schnurgeraden, unendlich scheinenden Teerstraßen Namibias entlang zu rollen, nach 100 Kilometern Schotterweg von Windhoek

Richtung Südosten in einem schlecht gefederten Golf war ich doch froh, endlich anzukommen. Als ich das Farmhaus umkurve, kommt mir ein großer, dunkler Geländewagen entgegen. „Netter Typ“, wird Reinhold, der Besitzer der Farm, später über seinen Gast sagen. „Kam kurz vorbei, um nach dem Weg zu fragen. Er interessiert sich für eine Farm hier in der Nähe, will sich dafür bewerben. Hatte den Eindruck, er versteht was vom Geschäft. Er hat eine größere Wachfirma in Windhoek.“

Reinhold besitzt rund 3.000 Schafe und 30 Rinder. Seine Farm gehörte, wie die Nachbarfarm auch, einst seinem Vater, der hier Karakulschafe züchtete – mit Erfolg, die Pokale in Reinholds kleinem Arbeitszimmer beweisen es. Die Glanzzeit der Schafzucht ist zwar vorbei, aber als Reinhold nach zehn Jahren Studium in Deutschland mit seiner Frau Kirsten und seinem Sohn Dennis 1997 nach Tivoli zurückkehrte, nahm er die Karakulzucht wieder auf. Sie ist seine Haupteinnahmequelle. Nebenher hat er einen ungewöhnlichen Gastbetrieb. Er beherbergt Astronomen – und nur Astronomen. „In Namibia gibt es noch so gut wie keine Lichtverschmutzung“, sagt Reinhold. Andere Gäste würden den Tagesrhythmus der Sternengucker stören. Astronomen sind ruhige Gäste, Nachtgestalten dazu, und auf Tivoli gehen abends gegen 21 Uhr die Lichter aus. Eine Gruppe Jäger zum Beispiel, die noch bei Bier und Safari-Geschichten auf der Terrasse sitzen wollte, können sie nicht gebrauchen.

Nach dem Frühstück setzen wir uns in seinen Geländewagen. Reinhold will mir seine Farm zeigen – und die Nachbarfarm. Ich hatte ihn darum gebeten, nicht ohne Grund: Ein paar Wochen zuvor hatten Berichte der Tageszeitung „Namibian“ für Verwirrung gesorgt, in denen über Landverteilungen an hohe Staatsbeamte die Rede war. Was von offizieller Seite auch nicht abgestritten wurde; im Gegenteil, Frans Tsheehama, Staatssekretär im Landministerium, regierte mit Empörung auf die Empörung. Das Einkommen spiele keine Rolle bei der Landverteilung, so Tsheehama, diktierte er den Journalisten in die Blöcke. Jeder, der historisch benachteiligt sei, könne sich bewerben. „Alle Namibier sind vor dem Gesetz gleich.“ Eine Reaktion, die ganz nebenbei auch ein Schlaglicht wirft auf die Sensibilität und die zuweilen absurden Argumente, mit der in Namibia Regierungsmitglieder auf Presseberichte reagieren. „Ich habe genug von diesen Geschichten“, meinte Tsheehama mit Blick auf die medialen Miesmacher. „Wir wollen etwas für das Land tun, und Sie zerstören alles.“ Aber zurück zum Anlass der Debatte: Ein Staatssekretär im Ministerium für Höhere Bildung wurde durch die Landumverteilung plötzlich zum Besitzer einer Farm, eines Stückes einer Farm jedenfalls. Und schlimmer: Er soll die Farmarbeiter, die dort lange gelebt und gearbeitet hatten, aufgefordert haben, dieses nun sein Stück Farm zu verlassen.

Ja, Reinhold kennt die Berichte, hat sie alle ausgeschnitten. Schließlich geht es um seine Nachbarfarm, die Farm, die einst seinem Vater, dann seiner Schwester und ihrem Mann gehörte und die nun zu fünf Farmen geworden ist. Die Regierung hatte das gesamte Areal gekauft, erst ge- und dann verteilt.

Nun sitzen wir vor einer der Arbeiterhäuser der ehemaligen Großfarm und unterhalten uns mit den ehemaligen Arbeitern. Etwa einen Kilometer entfernt und leicht erhöht ragt das Farmhaus über das karge Land. Eigentlich wollte ich auch mit den neuen Besitzern der Farmparzellen sprechen, aber sie leben in Windhoek und sind dort geblieben. „Vielleicht fahre ich raus, vielleicht auch nicht“, war die lakonische Antwort auf meine Frage, ob wir uns nicht am Wochenende auf der Farm treffen können. Überhaupt, es sei letzte Zeit so viel über die Farm geschrieben worden, er möchte eigentlich nicht mehr über die Sache sprechen, sagt mir einer der „Jungfarmer“.

Die Regierung hat das Land nicht ohne Grund ausgewählt und aufgekauft. Die Wege sind passierbar, die Zäune fast vollständig erhalten und die Wasserpumpen funktionieren noch. Wo aber soll wer wie wohnen, wenn eine große Farm mit einem großen Farmhaus gefünfelt wird? Einer der Neulandbesitzer zog ins Farmhaus. Drei haben sich auf ihren Terrains provisorische Hütten gezimmert. Und einer zog in eins der drei Arbeiterhäuser, die noch Reinholds Vater gebaut hat. Dafür musste ein ehemaliger Arbeiter ausziehen. Er hatte Glück und hat woanders Arbeit gefunden, Reinhold hat ihn und seinen wenigen Kram zu Verwandten gefahren. Die anderen warten und wissen zwar nicht, was auf sie zukommt, wissen aber, dass sie bleiben wollen.

David, einer der Farmarbeiter, schaut auf den Boden und stochert mit einem dünnen Stock im Sand herum. Er hockt auf einem kleinen Schemel, er ist dünn, drahtig, sein Alter kaum schätzbar. Er trägt einen alten Blaumann mit Löchern. Wir sitzen vor seinem Häuschen, das etwa so groß ist wie ein Volleyballfeld. Welpen toben um eine kokelnde Feuerstelle, eine Hündin mit einer entzündeten Backe liegt im Schatten eines Baumes. „Gebissen worden“, antwortet David auf Reinholds Frage, was das Tier denn habe.

Wir wollen von Daniel wissen, was bisher passiert ist? Wie es weitergehen soll und kann mit den Farmarbeitern? David erzählt, Reinhold übersetzt. Der neue Besitzer habe den Farmarbeitern gesagt, er habe keine Arbeit für sie und keinen Platz mehr für ihr Vieh. Sie werden nicht mehr gebraucht – wozu auch, bei knapp über 1.000 Hektar Farmgröße? 6.200 Hektar groß war die Farm einst. Rund 1.000 Hektar Land, einige mehr, andere weniger, haben die neuen Besitzer jetzt. Kann man davon leben in diesem Teil Namibias, in dieser Strauchsavanne am Rande der Kalahari? David weiß es nicht. Reinhold glaubt, nein. „Als Selbstversorger: vielleicht, aber mehr schlecht als recht.“ Was tun, wenn die Wasserpumpe kaputt geht? Woher die Ersatz-

teile nehmen? Und wie sie bezahlen? Selbst wenn man die Farm einfach an die Farmarbeiter verteilt hätte, es wäre knapp geworden mit der Selbstversorgung, von Gewinn, der wieder angelegt werden kann, ganz zu schweigen – so ohne Telefon, ohne Auto, ohne Geld. „Die Arbeiter wissen zwar, was sie täglich auf der Farm zu tun haben, haben aber nie gelernt, wie man eine Farm verwaltet und das Vieh vermarktet“, sagt Reinhold später.

David versucht sich durchzuschlagen. Er übernimmt Gelegenheitsjobs bei den Farmern in der Nähe. Zäune reparieren kann er besonders gut. „Bis Ende Dezember seid ihr noch meine Gäste, dann seid ihr keine Gäste mehr“, hat einer der neuen Besitzer zu ihm gesagt. Den Mann stört weniger, dass die Arbeiter noch immer in ihren Häusern leben, denn die liegen nicht auf seinem Grund und Boden, ihn stört, dass sie immer noch ihre kleine Schafherde auf seinem Land weiden lassen. David besitzt 30 Schafe. Er sagt: „Wir lassen uns nicht vertreiben.“

Was passiert mit den Farmarbeitern, wenn die Landreform mal richtig greifen sollte? Den Menschen, die oft jahrzehntelang auf einer Farm gelebt und gearbeitet haben? Eine der Rechnungen, die im Zusammenhang mit der Landreform immer wieder auftaucht: In Namibia leben rund 38.000 Farmarbeiter. Wenn nun das gesamte kommerzielle Farmland, also sämtlichen 38 Millionen Hektar in Parzellen von 1.000 Hektar aufgeteilt würde, können rund 38.000 Landlose umgesiedelt werden. Nur wohin mit den 38.000 Farmarbeitern? Was auf der einen Seite gewonnen wird, geht auf der anderen verloren. Dabei ist die Situation der Farmarbeiter schwierig genug. Erst Anfang November 2002 wurde für sie offiziell ein Mindestlohn festgelegt: 2,20 Namibia-Dollar (etwa 25 Cent) pro Stunde. Außerdem müssen Arbeitgeber ihren Angestellten entweder genug Ackerbau und Viehhaltung gestatten, um sich selbst versorgen zu können, ihnen „ausreichende“ Nahrungsmittelrationen zur Verfügung stellen oder einen Aufschlag von 210 Namibia-Dollar im Monat zahlen.

## **8. „Erste Farmbesetzung?“**

Gerade das Thema Farmarbeiter bleibt ein sehr emotionales, öffentlich heftig diskutiertes, ein Thema, das verbunden ist mit vielen ungelösten Problemen und rechtlichen Unsicherheiten. Im Fernsehen und den Zeitungen tauchten 2002 immer wieder mal rührselige, mal tragische Geschichten auf von alten Farmarbeitern, die vom Hof gejagt wurden. Ausgelöst wurden die Vertreibungen meist durch einen Besitzerwechsel; sei es nur, dass der Sohn vom Vater die Farm übernahm. Manchmal ging es den neuen Besitzern nicht

einmal um die aus ihrer Sicht unrentable Zahl der Arbeiter, sie wollten einfach die alten durch neue ersetzen. An Rücklagen oder finanzielle Absicherungen fürs Alter dachte meist keiner, ob vor oder nach dem Rausschmiss. Die Öffentlichkeit war empört, Gewerkschaften drohten mit Massenstreiks, die Regierung versprach, sie werde sich des Themas annehmen.

Ein Fall, der Ängstliche gleich an Simbabwe denken ließ, der verdeutlicht, wie heikle Situationen entstehen und wie die Regierung Ende des Jahres 2002 mit ihnen – noch – umging, ereignete sich Ende Oktober im Gobabis-Distrikt im östlichen Namibia. „Erste Farmbesetzung?“ titelte die regierungsfinanzierte Wochenzeitung „New Era“ am 24. Oktober 2002, und ließ anklingen, dass weitere folgen könnten. Was war geschehen? Der Farmer Ron Pieterse wollte sechs seiner Arbeiter und deren Familien, 30 Menschen insgesamt, von seiner Farm verweisen. Einige der Betroffenen hatten über 30 Jahre auf der Farm gelebt und gearbeitet. Die Situation eskalierte, als ein Gerichtsvollzieher mit einigen Helfern und einem Räumungsbefehl auftauchte, zwei der Arbeiterhütten „demontierte“ (so das Eingeständnis des Farmers) beziehungsweise „zerstörte“ (so die Farmarbeiter), ihr Hab, Gut und Vieh außerhalb des Geländes brachte. Der Termin hatte sich schon Tage zuvor herumgesprochen. Es kam zu Demonstrationen – und tags darauf auch zu Übergriffen. Rund 60 der Demonstranten (je nach Interessenlage war auch von 200 die Rede) besetzten, bewaffnet mit Macheten, Speeren und Knüppeln, die Farm, zerstoßen Autoreifen und schlugen ein Fenster des Farmhauses ein. Pieterse und sein schnell eingeschalteter Anwalt fürchteten um ihr Leben, die Polizei schritt ein und konnte die Demonstranten gewaltlos vertreiben.

Unterstützt wurde die Demonstration von der Gouverneurin der Region, Laura McLeod. Sie respektiere zwar den Gerichtsscheid, könne aber nicht die „unmenschliche“ Art und Weise dulden, mit der die früheren Farmangestellten „einfach auf die Straße gesetzt wurden“, sagte sie der deutschsprachigen Tageszeitung „Windhoeker Allgemeinen Zeitung“. Pieterse, der die Farm kurz zuvor von seinem kranken Schwiegervater übernommen hatte, argumentierte, er habe die Durchsetzung des Räumungsbefehls mehrmals verschoben, um den sechs Farmarbeitern Zeit zu geben, sich nach einem anderen Stück Land umzusehen. Gehofft und letztlich verlassen habe er sich auf ein Versprechen des Ministeriums für Ländereien und Neusiedlung, es werde sich um ein Stück Boden bemühen und die Farmangestellten mit ihren Angehörigen und ihrem Vieh umsiedeln. Er, Pieterse, habe die Leute rausschmeißen müssen, weil sie ihre Viehzahl nicht verringern wollten, 400 Ziegen, Rinder und Esel seien zuviel für das Weidegebiet.

Der Fall wirbelte bis ganz nach oben. Er wurde im Kabinett besprochen, es gab ein Gespräch, an dem unter anderem der Landminister, der Arbeits-

minister, der Justizminister und Präsident Nujoma selbst teilnahmen. Nujoma soll während des nichtöffentlichen Gesprächs gedroht haben, wer für Unruhe Sorge, werde die volle Wucht des Gesetzes spüren – wen er damit meinte, wurde nicht kolportiert. Vertreter der Swapo- und Gewerkschaftsmitglieder forderten, dass die Farm entschädigungslos beschlagnahmt werde. Die Regierung entschied sich dafür, Pieterse vor die Wahl zu stellen: Entweder solle er die Arbeiter weiter beschäftigen oder seine Farm werde von der Regierung übernommen – gegen Entschädigung. Pieterse erstattete Anzeige gegen Mc Leod und andere Swapo-Mitglieder, die die Demonstranten unterstützt hatten, und arrangierte sich nach einigen Tagen mit dem Anwalt der Betroffenen. Inhalt der Abmachung: Die Farmarbeiter dürfen weitere sechs Monate auf der Farm bleiben, sie müssen aber Weidegebühren für ihr Vieh bezahlen: Fünf Namibia-Dollar monatlich für jede Ziege, 15 für jedes Rind. Und sie bekommen ein Trennungsgeld, dessen Höhe von ihrer Dienstzeit abhängig ist. 570 Namibia-Dollar sollte etwa ein Arbeiter, der 30 Jahre dort war, erhalten, 42 Namibia-Dollar (knapp fünf Euro) ein anderer, der vor sechs Jahren anfang. „Beschämend“ nannte selbst Jan De Wet, Vorsitzender des Farmerverbandes, die Vereinbarung und die Summen. Gewerkschaftsführer Peter Naholo sprach von einer „Zeitbombe“. Die Regierung hielt weiter an ihrer Enteignungsdrohung fest, und das Kabinett beschloss, die Farm gegen Entschädigung zu übernehmen. So der Stand im Herbst 2002.

Fälle solcher Art sind in Namibia verbunden mit vielen juristisch ungeklärten Fragen (ganz abgesehen von den wirtschaftlichen und moralischen). Wie steht es um das Wohnrecht von Farmarbeitern? Wie um ihr Recht auf Viehhaltung, den Umfang ihrer Viehherden? Um nur die dringendsten zu nennen. Nach dem „Fall Pieterse“ beschloss die Regierung, entsprechende Regeln auf den Weg zu bringen, man werde eine „langfristige Strategie und einen Aktionsplan erstellen, um die Angelegenheit zu behandeln“, hieß es. Das braucht Zeit, wie so oft.

## **9. „Wir können so nicht weitermachen“**

Die Landreform muss umgesetzt werden, und sie muss zumindest in ihrer jetzigen Form scheitern. Sagen jedenfalls die weißen Farmer und mancher Ökonom.

Die Schwachstellen lassen sich kurz gefasst wie folgt auflisten:

- Prozess der Landverteilung undurchsichtig
- Besitz- und Verkaufsrechte der „neuen“ Farmer unklar

- Kein Training, keine Ausbildung der Farmer
- Die kleinen Einheiten kaum tragfähig, können keinen Überschuss produzieren
- Gesamtwirtschaftlich schädlich
- Die Erwartungen an die Landreform sind zu hoch
- Landreform kann die Armut nicht verringern
- Wohin sollen die Farmarbeiter?

In einem umfassenden Leserbrief an die Windhoeker Allgemeine Zeitung, erschienen im November 2002, verfasst von Claus Kock, Geschäftsmann und Farmbesitzer, sind einige der Punkte näher erläutert (hier in Auszügen zitiert):

Produktives Land, das zur Zeit Einkommen, Steuern und Devisen erwirtschaftet, wird in kleine Einheiten aufgeteilt, auf denen die Siedler nur noch für eigenen Bedarf und nicht mehr für den Markt produzieren werden. Auf 1.000 Hektar mit 20 Rindern und 50 Ziegen kann nicht mehr für den Verkauf produziert werden. In guten Zeiten werden die Siedler von ihrer Ziegenmilch leben, in schlechten Zeiten muss der Staat zahlen, um Mensch und Tier am Leben zu halten. Wenn eine wirklich umfassende Landumverteilung nach dem Parzellensystem stattfindet, müssen die Schlachthöfe schließen. Kein Export mehr, kein Einkommen mehr, keine VAT, keine Steuern, sondern erhebliche Zusatzausgaben für den Staat.

Das Landwirtschaftsministerium hat 1999 das Land in „agro-ökologische“ Zonen eingeteilt. Danach kann Ackerbau nur auf 800.000 Hektar im kommerziellen Land betrieben werden, aber auf sechs Millionen Hektar im kommunalen Land, das zusätzlich die wasserführenden Flüsse haben. 15 Millionen Hektar des besten Weidelandes sind im kommunalen Gebiet, gegenüber 9,6 Millionen Hektar im kommerziellen Gebiet. 50 Prozent des Weidelandes im kommerziellen Gebiet sind von schlechtester Qualität, 20 Prozent sind gebirgig, 20 Prozent verbuscht. Wenn die Regierung Landlose im großen Stile auf kommerziellem Boden ansiedeln will, wird sie sich schon mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass dies in entlegenen Gebieten, in Halbwüste, in gebirgigen und verbuschten Gebieten sein muss.

Kocks abschließende Forderungen:

- Die Ziele müssen klar definiert und erreichbar sein, nämlich eine gerechtere Verteilung des kommerziellen Farmlandes.
- Die Landreform verlangt eine gründliche Planung auf der Basis wirtschaftlicher Tatsachen, und nicht auf der Basis von Wunschdenken.
- Es dürfen bei den Armen keine Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können.
- Es ist sicher aussichtsreicher, Farmern aus den benachteiligten Gruppen den Kauf einer Farm durch Agribank zu ermöglichen, als das Land in Par-

zellen aufzuteilen und damit die Ökologie zu zerstören. Die diesbezüglichen Bedingungen der Agribank sollten erleichtert werden.

- Die Landumverteilung wird das Problem der Armut und Arbeitslosigkeit nicht lösen. Dafür sind andere Konzepte nötig.

„Wir können so nicht weitermachen, unsere Farmen sterben“, klagt auch der Vorsitzende der „Aktion für die Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika“. Elias Basson gehörte zu den ersten neu angesiedelten Farmern nach der Unabhängigkeit. „Wir haben damals die Farmen übernommen, ohne etwas von der Landwirtschaft zu verstehen“, sagt er. So hätten sie damals sofort alle Zäune auf der Farm entfernt, zehn Jahre später diese Entscheidung wieder bereut und die Regierung um Geld für Draht gebeten. „Viele wollen gute Farmen geschenkt haben, dann versauen sie diese und fordern wieder neues Land“, so Basson. Die Farmer sollten besser ausgebildet werden. „Wenn ich in der Politik etwas zu sagen hätte, würde ich die gegenwärtige Landreform für fünf Jahre stoppen. Das Geld soll momentan lieber für den Aufbau der Farmen verwendet werden“.

Andere, etwa der Vorsitzende der Farmervereinigung, De Wet, betonen immer wieder, dass die Landreform eben auch in den kommunalen Gebieten ansetzen sollte. Dort gebe es noch Entwicklungspotenzial, während aus den kommerziellen Gebieten so gut wie alles rausgepresst sei, ja im Gegenteil, durch Verbuschung das Land immer weniger Ertrag abwerfe. In den kommunalen Gebieten werde Infrastruktur gebraucht, Wasser, Know-how. Vor allem sollte das kommunale Land in Privatbesitz umgewandelt werden. Eigentumsrechte müssten her. Gerade weil es Farmer gibt, die beginnen, große Gebiete einzuzäunen und sie de facto zu den ihren zu machen – ohne rechtliche Grundlage. Das Land sollte nicht nur umverteilt werden, es soll auch besser genutzt werden.

Und Klaus Dieter Düxmann, Wirtschaftsattaché an der Deutschen Botschaft, macht mich auf ein Argument aufmerksam, das mir später öfter begegnet. Vielleicht, so Düxmann, sollte man auch mal die Frage stellen, wer überhaupt farmen will? „Fragen Sie doch mal die jungen Leute in Katutura, ob sie nicht lieber Jobs statt Land wollen?“, meint Düxmann. Wollen die jungen Leute in Katutura nicht lieber Jobs statt Land, frage ich später Malcolm, der jung ist und in Katutura lebt. „Beides“, sagt er. Malcolm ist Student und, so sagt er, Farmer: Grafikstudent an der Universität in Windhoek und Farmer in einem kleinen Dorf im östlichen Namibia, nahe der Grenze zu Botswana. Seine Viehherde beschränkt sich allerdings auf ein paar Ziegen und Schafe. Etwa einmal im Monat fährt er raus, um nach dem Rechten zu sehen. Ansonsten läuft sein Vieh in der größeren Herde seines Vaters mit. Der wiederum arbeitet für die Windhoeker Feuerwehr und verbringt fast jedes Wochenende auf seiner Farm, von Montag bis Freitag kümmern sich

seine Verwandten um die Tiere. Für Malcolm und seinen Vater ist der Viehbesitz keine reine Frage des Geldmachens, es ist auch eine Frage des Lebensstils. Ein Herero braucht Rinder, möglichst viele Rinder. „Wenn mein Großvater vor seinem Haus saß und keine Rinder sah, mussten wir ihn ins Krankenhaus bringen“, sagt Malcolm und lacht. Der gute Job schließt das gute Land also nicht aus – und umgekehrt.

Die Jobs-statt-Land-Frage kann man allerdings auch von einer sozial-ökonomischen Seite sehen. Sollte die Regierung nicht besser mit dem Geld, das für die Landreform gebraucht wird, versuchen, Industrie und Handel zu fördern? „Klar“, sagt Rogier van den Brink, „es gibt Länder, deren Industrie so unglaublich gewachsen ist, dass sich keiner mehr für Landwirtschaft interessiert. Aber wenn das nicht klappt, die Industrie nicht genug Arbeit bietet, die Arbeitslosigkeit steigt und mit ihr die Unzufriedenheit, dann stell' sicher, dass du die Landfrage gelöst hast!“ Rogier van den Brink ist der Koordinator für Landreform und Landpolitik der Weltbank, zuständig für die Region Afrika. Im Herbst 2002 war er auf Informationsreise durch Namibia. Einerseits um sich schlau zu machen, andererseits um die Richtlinien vorzustellen, mit denen die Weltbank (und er) einen Landreform-Prozess bewerten.

Im Gegensatz zu anderen namibischen Wirtschaftsexperten sagt van den Brink: „Kleine Farmen arbeiten effizienter als große.“ Wobei sich Effizienz nicht auf den Output bezieht. Sie sind nicht reicher, sie machen aber mehr aus dem wenigen, das sie haben. Van den Brink setzt indes voraus: Der Farmer muss auf seiner Farm leben, er darf kein Telefonfarmer sein, der seine Farm fernmündlich managt, während der Woche in der Stadt arbeitet und nur am Wochenende nach dem Rechten schaut. Die Farm sollte ein Familienbetrieb sein; sobald Menschen angestellt werden, sprengt das oft den Finanzrahmen. Zwar tragen solche Selbstversorger kaum etwas zum Markt bei, aber für den Start reicht das; verbunden mit der Hoffnung, dass sie wachsen, dass sie Land dazukaufen, produktiver werden. Und van den Brink sagt auch: Eine Landreform, richtig angegangen, kann Armut reduzieren, siehe Ostasien. Und ungerechte Landverteilung ist überall auf der Welt ein Grund für die Instabilität einer Gesellschaft. Zwar haben Großfarmer oft eine starke Lobby, und häufig genug sind Regierungsmitglieder selbst Farmbesitzer und daher nicht sonderlich an einer Landumverteilung interessiert. Aber, so ein zentraler Satz des Weltbank-Mannes: „Die Farmer müssen erkennen. Die Landverteilung ist der Preis, den sie für den Frieden bezahlen.“ In Simbabwe erkannten sie es zu spät.

Wie soll nun, aus seiner Sicht, eine Landreform aussehen? Wie kann sie glücken? Sie muss schnell umgesetzt werden. Was problematisch ist. Denn sollte das Land legal enteignet werden, braucht es viel Bürokratie. Die wiederum ist teuer. Übernimmt der Staat die Landreform, wird daraus zwangs-

läufig ein langsamer und gleichfalls teurer Prozess mit vielen schwierigen Fragen. Wie wird entschädigt, zum Beispiel. Allein der freie Markt kann allerdings auch keine Landreform leisten. Die Lösung besteht aus einer Mischung von Staatslenkung und Eigeninitiative. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen, er vergibt zum Beispiel günstige Kredite.

Fazit: Viele der Fehler, die van den Brink aufzählt, werden in Namibia gemacht. Die Landreform kostet viel Geld und verläuft doch schleppend und bürokratisch. Das Land wird nicht selten an Wochenendfarmer vergeben und an Menschen, die ein zusätzliches Einkommen nicht brauchen. Es wird also nicht verteilt, es wechselt nur den Besitzer: „same car, other driver“.

## 10. Zwischen Wirtschaft und Politik

Das erste, was mir auffällt, als ich Gerd besuche, sind die Zäune. Es sind nicht diese hüfthohen, die ich von anderen Farmen kenne und die das Vieh vom Haus fernhalten sollen. Gerd's Zäune sind etwa doppelt so hoch, oben abgeschlossen durch einen Elektrodraht. Es ist die Art Zäune, mit der sich Tourismus-Manager und Firmenbesitzer in Windhoek gegen Einbrecher schützen. Gerd ist meine Beobachtung – so scheint's – ein wenig peinlich. „Ja, meine Mutter wollte das so“, sagt er. Gerd ist einer jener jungen Farmer, deren fachliche Kompetenz und persönliche Ansichten durch ein Studium in Deutschland geprägt wurden. Das Thema Landreform macht ihm zu schaffen. Als Vorstandsmitglied der Farmervereinigung muss er manchmal Interessen vertreten, deren Konsequenzen er fürchtet, muss einerseits für die Farmer sprechen, andererseits „die Notwendigkeiten“ sehen. Und „die Notwendigkeiten“ heißen: Es muss mehr Land verteilt werden.

Die namibischen Farmer insgesamt zögern, sind sich nicht einig, wie sie mit der Landreform umgehen sollen. Abwarten? Abblocken? Mitmachen? Auch ihre offizielle Vertretung, der namibische Landwirtschaftsverband, ist in zwei Lager geteilt. Vielen ist das – aus Sicht der Regierung – langsame Tempo, das der Vorsitzende De Wet anschlügt, noch zu schnell. Er gilt als zu kompromissbereit, zu reformfreundlich. Eine einheitliche Strategie des Verbandes ist nicht zu erkennen.

Gerd klingt schon leicht verzweifelt, wenn er davon spricht, dass man das Thema nicht der Politik überlassen und lieber wirtschaftlich denken und argumentieren solle. Er weiß jedoch, dass er politisch denken muss, dass den Farmern die Zeit und der Platz zum Handeln schwindet. Aus seiner Perspektive ist die Landreform wenig sinnvoll, wirtschaftlich gesehen. Die Farmen werden aufgeteilt, produzieren nicht mehr für den Markt, der

Markt schrumpft, die Steuergelder schrumpfen, die Arbeitslosigkeit steigt, das Land wird ärmer, die Armen werden ärmer. Das sei klar, wirtschaftlich gesehen, sagt Gerd. Und doch weiß er, dass die wirtschaftliche Sicht allein eine kurze, der soziale Druck zu hoch ist. „Die Regierung muss Land kaufen.“ Auch wenn es viel kosten mag. Nur dann verkaufen die Farmer ihr Land. Letztlich wird sich das auszahlen.

Wir fahren über sein Gelände. Gerd muss Rinder zählen, 700 hält er hier auf 5.700 Hektar. Seine Herden sind bunt. Europäische, afrikanische und europäisch-afrikanische Rassen. Er spricht über Produktions- und Absatzkapazitäten (60 Prozent des Fleisches geht nach Südafrika, 40 Prozent nach Europa), er züchtet nicht, er produziert. Eigentlich notwendige Reparaturen am Farmhaus schiebt er auf. Wozu investieren, wenn man nicht weiß, wie es weitergeht? Es muss etwas passieren. Er ärgert sich über den Staat, er ärgert sich über die falschen Vorstellungen der Leute, die falschen Zahlen, die Instrumentalisierung des Themas. Er fühlt sich wie jemand, der am eigenen Ast sägen muss, bevor ihn andere abhacken. „Wenn ich wenigstens wüsste, dass es besser wird, wenn ich abhaue“, sagt Gerd.

Wie es sich anhört, wenn die politische Axt geschwungen wird, konnte man Anfang Oktober im Parlament erleben, als über eine Gesetzesvorlage diskutiert wurde, die es Ausländern erschweren soll, Land in Namibia zu kaufen. Ponhele ya France, linksgerichtetes Swapo-Mitglied und Mitglied im Parlament, sagte da zum Beispiel. „Die Weißen haben nicht aus den Fehlern ihrer Vorfahren gelernt.“ Vom Parlamentssprecher gebeten, seine rassistischen Verunglimpfungen zu lassen, antwortete Ya France. „Ich wurde bis auf die Knochen ausgenutzt. Ich wurde als Arbeiter verkauft. Ich finde es schwierig, das zu lassen.“ Forderungen nach kompensations- und ersatzloser Landenteignung kommen auch aus der Gewerkschaftsecke. Risto Kapenda etwa, Präsident der Nationalen Gewerkschaft Namibischer Arbeiter, meinte auf einer Podiumsdiskussion der namibischen Wirtschaftsgesellschaft Ende September, man dürfe Diebe nicht belohnen, indem man ihnen gestohlenen Land abkaufe. Mit dem Prinzip „williger Käufer, williger Verkäufer“ komme die Regierung nicht weiter, weil die kommerziellen Farmer nicht bereit seien, ihren Grund und Boden zu teilen, ihre Farmen der Regierung daher gar nicht oder zu überhöhten Preisen anbieten. „Afrika ist nicht arm, weil seine Einwohner faul sind, sondern weil der Grund und Boden, der uns als Lebensgrundlage dient, von Kolonialisten besetzt wird“. Er kündigte an, dass „die Farmen noch während seiner Lebenszeit genommen werden“. Das sei ihm einen „zweiten Befreiungskampf“ wert. „Wenn die Leute, die sich als Weiße klassifizieren, zu irgendeinem Zeitpunkt der Geschichte beschlossen hätten, Afrika zu verlassen, wäre das Geräusch der Trommeln und Freudenrufe vom Kap bis nach Kairo erklingen.“ Das sei die Position der „Mehrheit

landloser Einwohner“. Die Europäer, die „nie auf den afrikanischen Kontinent eingeladen wurden oder hier willkommen waren“, müssten ohne Entschädigung enteignet werden. „Solange namibische Farmer ihre Angestellten als Paviane bezeichnen und weiter so behandeln, wie sie es momentan tun, ist eine Situation wie die in Simbabwe unvermeidbar.“

## 11. Was will der Mann?

Sam Nujoma, 73 Jahre alt, seit 1990 Präsident Namibias, Mitbegründer der Swapo. Was will der Mann? Und wohin will der Mann? Wer diese beiden Fragen beantworten kann, kennt zumindest die grobe Richtung, in die sich die Landfrage bewegen wird. Aber was er sagt, ist widersprüchlich. Nujoma ist bekannt für die große inhaltliche Bandbreite seiner öffentlichen Statements – je nachdem, wo er gerade mit wem spricht. Ein Beispiel: Am 2. Dezember 2002 erschien in der Tageszeitung „Die Welt“ ein Interview, das die unvorbereiteten Leser in Deutschland die Köpfe schütteln ließ. Aggressiv, offenbar verletzt und offensichtlich verletzend schimpfte der Staatschef seine Antworten heraus, wurde wütend, als der Kapstadter Welt-Korrespondent Thomas Knemeyer ihn über die Landreform befragte – was in den Sätzen endete:

Nujoma: Hören Sie auf, mich zu beleidigen! Sprechen Sie nicht mehr von meinem Grund und Boden! Wir haben um dieses Land gekämpft und es mit Blutvergießen befreit!

Die Welt: Sir, ich würde Sie niemals beleidigen wollen. Ich bin nur hier, um . . .

Nujoma (mit Zeigefinger drohend): Hören Sie sofort mit Ihren Beleidigungen auf!

Die Welt: . . . Klarheit zu bekommen.

Nujoma: Hören Sie mit der Beleidigung auf, über Boden in diesem Land zu reden! Sie haben dazu nicht das geringste Recht!

Die Welt: Ich bin nur hier, um Fragen zu stellen.

Nujoma: Schließlich haben wir euch geschlagen, als wir euch bekämpft haben. Wir wissen genau, dass ihr Vorster und Botha und alle diese Faschisten unterstützt habt.

Die Welt: Es gibt einen Präzedenzfall in den vergangenen zwei Jahren, Simbabwe. Können Sie mir sagen, ob . . .

Nujoma: Jetzt hören Sie sofort damit auf, mich zu beleidigen, in dem Sie über Simbabwe sprechen. Gehen Sie gefälligst nach Simbabwe. Sie wissen doch, wo das ist.

Die Welt: Ja, ich war öfter schon in Simbabwe. Meine Frage ist aber, ob . . .

Nujoma (schneidend): Stellen Sie mir bloß keine Fragen zu Simbabwe. Gehen Sie dahin, Sie wissen, wo es ist.

Die NBC, der öffentliche Rundfunksender des Landes, schnitt das Gespräch mit und zeigte Auszüge im Fernsehen. Der Wortlaut des Interviews stimmt also. Was in der „Welt“ stand, hatte Nujoma so gesagt. Teile des Interviews aber, wichtige Teile, seien weggelassen, Einzelheiten aus dem Zusammenhang gerissen worden, hieß es anschließend von Regierungsseite. Nun kennen die Namibier ihren Präsidenten, kennen seine offensichtliche Launenhaftigkeit, seine Empfindlichkeiten, seine rhetorischen Abenteuer, kennen aber auch einen Nujoma, der vernunftbegabt öffentlich über Bildung und Staatshaushalt spricht. Im Herbst 2002 zum Beispiel, beim jährlichen Kongress des Namibischen Landwirtschaftsverband, also nicht unbedingt ein Heimspiel, hält er eine sachliche, wenn auch fordernde Rede. Er spricht von Zusammenarbeit. Er betont, dass er zum „willing seller, willing buyer“ Programm stehe. Er vermeidet Wörter wie Buren, weiße Siedler, Kolonialisten oder Imperialisten. Er wirkt freundlich und kooperativ.

Es gibt also mehrere Seiten des Sam Nujoma, eine Tatsache, mit der auch diejenigen Namibier umzugehen gelernt haben, die seit Jahren das Schlimmste von ihm befürchten. Und die Mehrheit der Menschen steht sowieso hinter ihm. Berechenbar ist er indes nicht. Was denkt der Mann? Was will er? Denn vieles, was er will, kann er tun – das ist das Gefährliche. Es existiert momentan keine wirkliche Opposition im Land, Kritik kennt Nujoma nicht und keinen Gegenwind. Da ist zum einen die staatsrechtliche Position: Die Verfassung sichert dem Präsidenten eine umfassende Machtfülle zu. Und da ist die politische: Der Staat ist mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1999 quasi zum Einparteiensstaat geworden. Die Swapo erhielt 76,3 Prozent der Stimmen, im Parlament hat sie eine Dreiviertel-Mehrheit. Und Nujoma ist der uneingeschränkte Chef des Parlaments und der Swapo, Kontrolle nicht möglich. Fast alle wichtigen Funktionen in Regierung, Parlament und Partei sind mit Swapo-Vertretern besetzt. Wer aufmuckt, wird abserviert, innerhalb der Swapo wird nicht diskutiert, es wird gehorcht. Und wer sich für Politik interessiert, wer sich politisch engagieren will, weiß: Die Regierung stellt die gut bezahlten Posten, nicht die Opposition.

Manchem galt die Wahl 1999 als Lackmustest der jungen Demokratie. Würde Nujoma noch einmal antreten, obwohl er nach zwei Wahlperioden eigentlich nicht mehr dürfte? Und würde das Parlament die Verfassung ändern, damit er es könnte? Er trat an und gewann, natürlich. Ob er 2004 wieder kandidieren wird, ist eine der offenen und meist diskutierten Fragen im politischen Leben Namibias. Nujomas Antworten bewegen sich irgendwo zwischen „definitiv nein“ über „dazu sag' ich nichts“ bis „ja, wenn das Volk mich ruft...“ Und wenn der 73-Jährige tatsächlich abtreten sollte? Oder wenn er nicht politisch abtreten sollte, aber körperlich? Dann kommt ein anderer. Aber wer?

Und wenn Nujoma wieder antritt? Trotz all der Machtfülle: Eine Wahl bleibt eine Wahl. Und gerade mit Blick auf die Landfrage muss Nujoma aufpassen, dass er sich von den Stimmungsmachern nicht die Macht aus der Hand nehmen lässt. Und wenn er gewinnt und an einer friedlichen Lösung der Landfrage festhält, kann er sie auch friedlich umsetzen? Wieder die Frage: Was will der Mann? Wohin will er? Wer diese Fragen nicht halbwegs beantworten kann, kann auch nicht wirklich seriös behaupten, er wisse, wie sich die Diskussion um das Land entwickeln wird.

## **12. Eine Episode am Rande, offene Fragen und Schluss**

Im Nachhinein denke ich, dass ich noch Glück hatte, als der Whisky mir ins Gesicht flog – Glück, dass es nur Whisky war. Es hatte nett begonnen, wir waren abends im Township von Omaruru unterwegs: Daniel, deutscher Austauschstudent am Agricultural College, Malcolm, den ich in Windhoek kennen gelernt hatte, und sein Bruder, der in Omaruru lebte und den wir besuchten. Der Barman in der einzigen Disco vor Ort war tags zuvor mit einem Flaschenhals angeritzt worden, ziemlich nahe unter dem Auge. Als er einen seiner rüden Gäste rausschmiss, hatte Daniel ihn noch gewarnt: „Wart’ ab, der Typ kommt wieder.“ Der Barman wedelte lässig mit seinem Baseballschläger. „Keine Angst, ich kenn’ den“, sagte er. Später sagte er nichts mehr. Das Pflaster, groß wie ein Bierdeckel, störte beim Sprechen. Das war gestern. Heute wirft mir ein junger Typ Whisky ins Gesicht, ganz im Vorbeigehen, und ganz im Vorbeigehen reißt er auch das Mädchen mit, das neben mir steht, und verschwindet. Malcolm, der den beiden folgt, sagt mir später, der Typ hätte sie „noch ein wenig geschlagen“. Ich weiß nicht wirklich, wie heftig „ein wenig Schlagen“ ist, aber offenbar hat ihn unsere harmlose Plauderei gestört. Weil das Mädchen seine Freundin war? Oder weil ich es war, der mit ihr plauderte? Keine Ahnung. Ich bin Europäer, sie sind Afrikaner, ich bin weiß, sie sind schwarz, ich habe Geld, sie haben keines – das sind Tatsachen, die während meiner Reisen durchs Ovamboland und während meiner Tage in den Townships erst in den Hinterkopf rutschen und oft genug ganz verschwanden, im Laufe all der langen Fahrten, Abende und Gespräche. Dann, den Whisky im Gesicht, wieder die gleichen Fragen, die während meiner drei Monate plötzlich durch einen Satz, durch eine Geste auftauchten konnten: In wie vielen Welten leben die Menschen hier? Und in welchen? Wo beginnt die eine, wo endet die andere? Welche Brücken gibt’s? Und wie viel von diesem Land wird mir immer unbekannt bleiben? Klar war: Ich bin ein Fremder hier. Und muss mir dessen bewusst

sein. Und muss mir auch bewusst sein, dass ich viele Fragen einfach nicht beantworten kann.

Ob also die Landreform friedlich verläuft? Oder wird aus Namibia ein zweites Simbabwe? Vorläufig kann ich nur antworten: Ich weiß es nicht; kann sein, kann nicht sein. Das ist ein wenig enttäuschend. Aber es gibt zu viele Faktoren, die ich nicht kenne, und manche, die keiner kennt. Viele der Beteiligten haben nur Ahnungen: „Ich glaube (hoffe?), dass es sich bei uns anders entwickelt.“ Oder: „Ich gehe fest davon aus, dass Namibia den gleichen Weg gehen wird wie Simbabwe.“ Wobei ja nicht jeder die Situation in Simbabwe als reines Horrorszenario sieht, manche betrachten sie eher als unvermeidlich oder – wenn auch nur insgeheim – als den einzig richtigen Weg.

Es muss etwas passieren, es muss mehr Land verteilt werden, sonst werden diejenigen, die glauben, sie seien die Akteure, von den Geschehnissen überrollt. Aber es passiert wenig. Das ist der Zwiespalt, in dem viele Farmer leben: Zu wissen oder zu wissen glauben, dass einerseits die Landreform wirtschaftlich scheitern muss, dass es nachher den Menschen nicht besser geht, dass die Reform die Reichen und die vermeintlich Reichen zwar ärmer macht, aber die Armen nicht reicher, dass die Landreform aber andererseits durchgezogen werden muss.

Abschließend noch ein paar Worte zu meiner Zeit in Namibia. Es war ein glücklicher Zufall, dass bei der Windhoecker Allgemeinen Zeitung gerade für die Zeit, die ich für meinen Aufenthalt geplant hatte, jemand gesucht wurde, der die Kulturredakteurin vertritt. So war ich einen Monat lang verantwortlich für die wöchentlich erscheinende fünfseitige „Kulturbeilage“ der WAZ, habe sie geplant und layoutet, Geschichten geschrieben über Ausstellungen, Theaterpreise oder Menschen, die Grabsteine zu Kunstwerken machen, habe mit Kollegen deren Reportagen oder Buch-Rezensionen besprochen. „Kulturarbeit“ in Afrika hat etwas Skurriles. Ich habe mir eine Karl-Valentin-Retrospektive angesehen, Rene Giessen, den Weltmeister der Mundharmonika, live erlebt und ein Filmfestival besucht, das Werke aus dem Iran, Schweden und Australien zeigte, die kaum in europäischen Programmkinos laufen. Dazu kam der Redaktionsalltag mit all seinen Konferenzen und Diskussionen. Was kommt auf Seite Eins? Was haben die anderen, was wir nicht haben? Wer geht zu der Benefiz-Veranstaltung in Sachen Aids? Wie soll man das bewerten, was der Minister gestern wieder von sich gegeben hat? Ich weiß nicht, ob es – verbunden natürlich mit meinen Recherchen und Gesprächen über die Landreform – bessere Wege gibt, ein Land in drei Monaten wenigstens ein wenig kennen zu lernen.

Vielen Dank also an die Heinz-Kühn-Stiftung im Allgemeinen und an Ute Maria Kilian, die mich so engagiert wie souverän-entspannt betreute, im Besonderen.